

(Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

(A) 7 **Fünftes Gesetz zur Änderung des Landesministergesetzes**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 12/3112

erste Lesung

Ich eröffne die **Beratung** und erteile für die antragstellende CDU-Fraktion Frau Kollegin Hieronymi das Wort.

Ruth Hieronymi (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU-Fraktion hat heute erneut einen Antrag zur Änderung des Landesministergesetzes vorgelegt. Dieses Mal geht es um die Ministerpensionen, die sich in Nordrhein-Westfalen durch eine besondere Luxusklasse auszeichnen.

(Gisela Gebauer-Nehring [SPD]: Und in Bayern!)

(B) Meine Damen und Herren, die CDU-Landtagsfraktion ist nicht bereit, diese in der Sache nicht gerechtfertigte Sonderversorgung mitzutragen. Wir fordern, daß man es ernst nimmt, will man bei anderen einsparen, weil es in der Sache notwendig ist.

Herr Ministerpräsident, es geht eben nicht darum - das haben Sie heute morgen behauptet -, daß die Sonderregelungen bei den Ministerpensionen in Nordrhein-Westfalen an andere Länder angeglichen werden sollen. Im Gegenteil: Wir haben hier die exorbitanten Sonderregelungen. Wir brauchen die Angleichung an die Verhältnisse in anderen Bundesländern und auf Bundesebene.

Das rot-grüne Doppelspiel nach dem Motto "Wasser predigen und Wein trinken" dürfen wir hier nicht weiter zulassen.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Das ist absoluter Schwachsinn, gnädige Frau. Das ist schwer zu ertragen! - Ministerpräsident Wolfgang Clement verläßt seinen Sitzplatz und begibt sich außerhalb der Sichtweite der Rednerin.)

- Herr Ministerpräsident, hören Sie gut zu. Offensichtlich sind Ihnen diese drei Punkte gar nicht bekannt. (C)

(Frank Baranowski [SPD]: Schauen Sie doch einmal nach Bonn! - Allgemeine Unruhe - Glocke)

- Wissen Sie schon nicht mehr, in welchem Parlament Sie sitzen? Es geht um Nordrhein-Westfalen und das Ministergesetz dieses Landes. Es geht darum, daß wir in keinem anderen Bundesland für die Ministerpensionen drei Sonderregelungen haben:

Erstens. Nur wir rechnen in den ersten vier Jahren der Amtszeit schon einen zweiprozentigen Erhöhungsbetrag auf die Grundpension der Minister auf. Das heißt: Zum Grundsockel von 35 % Ministerpension - in anderen Bundesländern liegt das Niveau bei 29 % - werden in Nordrhein-Westfalen sofort vom ersten Amtsjahr an jeweils 2 % dazu gezählt, so daß ein Minister in Nordrhein-Westfalen nach vier Jahren schon einen Pensionsanspruch von 43 % seines Amtsgehaltes hat. Herr Ministerpräsident, wo immer Sie jetzt sind - offensichtlich nicht im Plenarsaal -

(Zurufe von der SPD: Doch!)

In anderen Bundesländern sind es nur 29 %. Das ist eine durch keine sachlichen Gründe zu rechtfertigende Luxusversorgung, die abgeschafft werden muß. (D)

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Nur in Nordrhein-Westfalen in dieser Form vorhanden ist die Anrechnung von Dienstzeiten nach dem Landesbeamtenrecht auf die Amtszeit der Minister.

(Frank Baranowski [SPD]: Das heißt "Wir in Nordrhein-Westfalen!")

Nur in Nordrhein-Westfalen können nach dem Landesbeamtenrecht bis zu zehn Jahre ruhegehaltfähige Dienstzeiten zur Amtszeit der Minister hinzugerechnet werden. Wenn also ein Minister vier Amtsjahre aufzuweisen hat, aber vorher bis zu zehn Jahre im öffentlichen Dienst tätig war - übrigens einschließlich seiner Studienzeiten -, dann können bis zu zehn Jahre auf diesen Anspruch von nur vier Ministerjahren hinzugerechnet werden. Es wird also so getan, als wenn der Minister in Nordrhein-Westfalen nicht vier, sondern im Ergebnis 14 Jahre im Amt gewesen wä-

(Ruth Hieronymi [CDU])

- (A) re. Das heißt, daß der Anspruch in Nordrhein-Westfalen bei einer Amtszeit von vier Jahren in der Regel 43 % des Amtsgehaltes beträgt, während sich der Anspruch in anderen Bundesländern auf 29 % beläuft. In den Fällen, in denen der Minister vorher sogar im öffentlichen Dienst tätig war, kommt er ruckzuck auf 63 %.

(Edgar Moron [SPD]: Ruckzuck!)

- Ruckzuck geht das in Nordrhein-Westfalen bei den Ministern.

Wir wissen, daß das beispielsweise für den stellvertretenden Ministerpräsidenten, Herrn Vesper, gilt. Er erfüllt die Voraussetzung, zehn Jahre im öffentlichen Dienst tätig gewesen zu sein; dasselbe gilt für Frau Ministerin Höhn. Und ruckzuck hat man einen Pensionsanspruch

(Zuruf der Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

von 63 % des Amtsgehaltes, der um über 30 %, Herr Matthiesen, Herr Ministerpräsident Clement, über vergleichbaren Pensionen in anderen Ländern liegt.

- (B) Deshalb tritt die CDU dafür ein, auch diese Zusatzregelung abzuschaffen. Die Höchstpension für Minister kann in Nordrhein-Westfalen mit zehn Amtsjahren erreicht werden, im Bund mit 23 Jahren. Wenn der Herr Ministerpräsident am 9. Juli bei den Ministerpräsidenten um Gleichbehandlung werben will, dann werden diese ihn auslachen und ihm sagen: Kürze erst einmal deine exorbitanten Zusatzleistungen in Nordrhein-Westfalen, und dann kannst du wiederkommen!

(Beifall bei der CDU)

Es gibt aber noch einen dritten Punkt, der in Nordrhein-Westfalen zu besonders hohen Ministerpensionen führt. Das ist die Vorschrift, daß unabhängig vom Alter nach mindestens acht Ministerjahren schon der volle Pensionsanspruch besteht. Während in den übrigen Bundesländern und im Bund dieser Anspruch nicht nur von den Ministerjahren, sondern auch vom Lebensalter abhängig ist und ein Mindestalter von 55 Jahren besteht, gilt auch das in Nordrhein-Westfalen nicht.

Begünstigter ist in diesem Fall beispielsweise der stellvertretende Ministerpräsident, Minister Vesper. Sollte er, was der Wähler verhindern möge, bis zum Jahre 2003 Minister sein, dann hat er erstens acht Amtsjahre und zweitens das

50. Lebensjahr erreicht und nach der geltenden nordrhein-westfälischen Regelung sofort mit 51 Jahren einen Pensionsanspruch von knapp 17 000 DM pro Monat, weil auf ihn alle Kriterien der Luxusversorgung auf einmal zutreffen. Dieser Betrag ist mit 51 Jahren sofort auszahlfähig! Meine Damen und Herren, das ist wirklich nicht gerechtfertigt. Es ist ein Skandal!

(Beifall bei der CDU)

Laut protestieren und leise kassieren! Meine Damen und Herren, an dieser Stelle hat Prof. von Arnim recht. Es wäre gut - so denke ich -, wenn die Signale, die im Vorfeld aus den anderen Fraktionen gekommen sind, dazu führten, daß wir einvernehmlich wenigstens diese drei außerordentlichen Sonderregelungen der Luxusversorgung in Nordrhein-Westfalen gemeinsam abschaffen. Damit hätten wir ein Stück Glaubwürdigkeit gewonnen. Ich appelliere dringend an die Fraktionen von Rot und Grün; denn die Zeiten für solche nicht gerechtfertigten Zusatzleistungen sind längst vorbei. Schaffen Sie sie ab!

(Beifall bei der CDU)

Aber selbst wenn der Wille vorhanden ist, die Sonderregelungen abzuschaffen - es ist ja nicht unser erster Versuch, das Ministergesetz zu ändern -, wissen wir, daß auch der Zeitpunkt des Abschaffens von besonderer Bedeutung ist. Deshalb sollen diese Veränderungen im Ministergesetz nach dem Willen der CDU schon für die jetzt amtierenden Minister gelten, damit sie auch glaubwürdig und nachhaltig wirksam werden. Das geänderte Ministergesetz soll nicht für diejenigen gelten, die schon Pensionsansprüche haben, aber für diejenigen, die jetzt das Amt ausüben.

Herr Ministerpräsident, auch an dieser Stelle war Ihre Regierungserklärung nebulös und unklar - ich zitiere -:

"Dabei werde ich Wert darauf legen, daß berechtigtes Vertrauen von Mitgliedern der Landesregierung in erworbene Rechte geschützt wird."

Für die CDU heißt das: Für die jetzige amtierende Landesregierung unter Ministerpräsident Clement darf diese Sonderregelung nicht mehr gelten. Wir sollten sie gemeinsam und möglichst schnell abschaffen. Wer Kindergartenbeiträge erhöhen will, wer den Universitäten drastische Kürzungen zu-

(Ruth Hieronymi [CDU])

- (A) mutet, wer dringend benötigte Lehrer nicht einstellt, wer den Krankenhäusern die Mittel für dringend notwendige Bausanierungen verweigert, der muß auch bei den Ministerpensionen die gleichen Maßstäbe anlegen und darf zum Abschied keinen goldenen Handschlag zulassen. Deshalb lassen Sie uns hier entschieden gemeinsam vorangehen! - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Kollege Moron das Wort.

Edgar Moron (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Hieronymi, wenn es ernst gemeint ist, daß Sie mit uns darüber fair und offen diskutieren und wir eine vernünftige Lösung finden wollen, sollten Sie in Ihren Beiträgen polemische Überhöhungen vermeiden.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Wer hier von Luxusversorgung spricht, überhöht wirklich die Argumentation und trägt nicht zu einer sachlichen Debatte bei.

Wir sind zu dieser sachlichen Debatte bereit. Wir wollen versuchen, gemeinsam mit der Landesregierung und allen Fraktionen eine vernünftige Lösung zustande zu bekommen. Aber wir sagen Ihnen sehr deutlich: Wir müssen das in seiner Gesamtheit tun und nicht, wie die CDU - wie es in den letzten Jahren der Fall gewesen ist -, immer dann,

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

wenn ein Minister ausscheidet, dies zum Anlaß nehmen, um das Thema Ministerpensionen auf die Tagesordnung zu setzen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben vor gut einem Jahr auf Ihren Antrag hin dieses Thema behandelt und das Ministergesetz geändert. Das war im Januar des vergangenen Jahres. Jetzt haben wir den Juni des darauffolgenden Jahres. Da Minister ausgeschieden sind, kommen Sie jetzt wieder mit dem Vor-

- schlag. Warum ist Ihnen das nicht im vorigen Jahr eingefallen? (C)

(Beifall bei der SPD)

Haben Sie das auf Wiedervorlage, um es immer wieder einmal herauszuholen und dann, wenn es gerade opportun ist, in das politische Kampfgeschehen einzubringen? Geht es Ihnen um die Sache, oder geht es Ihnen um Schau?

(Beifall bei der SPD)

Uns geht es dabei um die Sache. Wenn es tatsächlich Vorgänge, Regelungen gibt, die so in anderen Bundesländern nicht bestehen, die vielleicht auch nach wirklich reiflicher Überprüfung als überhöht angesehen werden, werden wir uns einer Reform nicht verweigern, dann werden wir diese gemeinsam durchführen. Aber bitte sachlich. Beim Geld hört bekanntlich der Spaß auf. Mit Geld kann man viel anfangen, Frau Hieronymi. Gegen diese Todschlagargumente "Kindergärten und Ministerpensionen" kann man nichts mehr sagen. Damit können Sie jede Argumentation von vorne herein total kaputtmachen. Da ist Sachlichkeit von Anfang an an ihr Ende gekommen.

(Beifall bei der SPD)

- (D) Wenn wir uns jetzt fragen, ob es besondere nordrhein-westfälische Regelungen gibt, die es woanders so nicht gibt und die aus der heutigen Sicht so auch nicht beibehalten werden sollten, und feststellen, daß das so ist, dürfen wir dann, meine Damen und Herren, nicht auch den Versuch machen, über andere Dinge nachzudenken?

Wir haben bei uns in der Bundesrepublik Deutschland ein föderales System. Dieses föderale System führt logischerweise dazu, daß wir in allen Bundesländern andere Ministergesetze haben. Es ist ein Prinzip des Föderalismus, daß jedes Land dies für sich regelt. Diese verschiedenen Ministergesetze führen natürlich auch zu ganz unterschiedlichen Regelungen.

Es gibt Regelungen, in denen Nordrhein-Westfalen vielleicht ein bißchen großzügiger oder ein bißchen weitergehend ist als andere Bundesländer, aber es gibt auch solche, denen gegenüber wir schlechtere Regelungen haben. Nur dies wird in einer solchen Diskussion auch von Herrn Professor Arnim ja nie erwähnt. Man hat sowieso den Eindruck, es geht zwar auch um die Sache,

(Edgar Moron [SPD])

- (A) aber nach Möglichkeit geht es darum, immer bestimmte Themen in die Öffentlichkeit zu lancieren, weil man so sehr leicht auf der Skala der Emotionen spielen kann.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir von Regelungen sprechen, die für den betroffenen - man muß ja auch deutlich werten dürfen - Minister besser sind als in anderen Bundesländern, warum können wir dann nicht auch über andere Dinge sprechen?

Bei uns erwirbt ein Minister später Ansprüche als in anderen Bundesländern - bei uns nach vier Jahren, in anderen Bundesländern nach zwei Jahren. In Baden-Württemberg ist das so, in anderen Bundesländern auch. Wir haben hier geringere Steigerungsraten pro Jahr als in anderen Bundesländern.

Ist es Ihr Petition, auch darüber miteinander zu reden, daß wir das auch an andere Regelungen anpassen? Oder verweigern Sie sich einer solchen Diskussion? Ich würde das gern wissen. Reden wir vernünftig gemeinsam darüber, wie man eine dem Amt angemessene Versorgung und Altersversorgung sicherstellen kann? Oder reden wir nur polemisch, weil man hofft, damit bestimmte Personen treffen zu können?

(B)

Nun will ich deutlich auch zu Frau Nacken sagen: Es fällt natürlich auf, wenn Sie vor allem zwei Minister der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erwähnen. Offenbar steckt Absicht dahinter. Nun ist es nicht meine Aufgabe, diese Minister zu verteidigen. Das kann die Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sicherlich selber tun und vielleicht besser tun als ich das kann. Aber es fällt schon auf, daß Sie solche Personen in den Mittelpunkt stellen. Da steckt doch gar nicht die Absicht dahinter, hier wirklich eine vernünftige Regelung herbeizuführen, sondern irgendwo im politischen Umfeld, in den Medien, in den Schlagzeilen irgendwelche Nachrichten überzubringen. Das ist die Sache nicht Wert.

Das ist die Sache auch aus einem ganz einfachen Grund nicht Wert. Das möchte ich hier sehr persönlich sagen. Das Land Nordrhein-Westfalen ist eines der größten Industrieländer in der Welt. Wir sind auch das größte Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Landesregierung trifft Entscheidungen für Millionen von Menschen. Minister zu sein im Bundesland Nordrhein-Westfalen ist ohne Frage ein außerordentlich schwieriger

Job. Das ist nicht nur ein Fulltime-Job, sondern das ist eine Arbeit, die einen Menschen voll und ganz in Anspruch nimmt. Da bleibt doch nichts mehr an Freizeit. Man muß sich voll und ganz einbringen, mit seiner ganzen Kraft. Man muß alle Freizeitinteressen der Aufgabe opfern. Man trägt ein hohes Maß an Verantwortung für das, was man tut. Viele Menschenschicksale, Millionen hängen davon ab, daß hier auf der Ebene der Landesregierung und natürlich auch im Parlament die richtigen Entscheidungen getroffen werden.

Eine solche Tätigkeit ist vergleichbar der Tätigkeit in Konzernen, in Banken, im Geldgewerbe und anderswo.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich sage das sehr deutlich. Wenn eine Ministerin Dienstherrin von 200 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist, ist das ein Riesenunternehmen. Wo finden wir ein vergleichbar großes in Nordrhein-Westfalen? Eine solche Tätigkeit muß auch angemessen bezahlt werden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Und es muß auch eine angemessene Altersversorgung da sein. Es geht hier nicht um eine Lebensstätigkeit. Das ist eine zeitlich befristete Tätigkeit. Der Souverän, der Wähler entscheidet alle fünf Jahre, ob man die Arbeit fortsetzt oder nicht. Alle strengen sich an, damit wir sie fortsetzen können. Auch die Altersversorgung muß dem angemessen sein: der Aufgabe eines Ministers, eines Ministerpräsidenten. Da darf man solche Vergleiche, verehrte Frau Hieronymi, wie Sie sie mit dem Kindergartengesetz oder anderen vorgenommen haben, nicht ziehen.

Ich sage ein Letztes. Ich bin selbst Mitglied in einem Verwaltungsrat im Bereich der Kredit- und Geldwirtschaft. Da geht es auch um die Vereinbarung von Bezügen für Vorstandsmitglieder und um Altersversorgungsvergütungen. Davon können Minister in diesem Land, in den anderen Bundesländern und in der Bundesregierung nur träumen, was dort an Gehältern gezahlt wird und welche Altersversorgungsregelungen dort existieren. Daran wollen wir nicht anknüpfen. Aber wogegen wir uns wehren, ist, daß solche Diskussionen wie diese hier so schnell mit Polemik überzogen werden und daß es uns offenbar immer sehr

(Edgar Moron [SPD])

- (A) schwerfällt, ein solches Thema einigermaßen sachlich und rational zu diskutieren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir werden uns dem nicht verweigern und werden deshalb dem Antrag auf Überweisung zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Frau Kollegin Nacken für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Gisela Nacken (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Moron, ich werde hier nicht grüne Ministerinnen oder Minister verteidigen, weil es keine Frage der Farbe des Parteibuches, sondern eine Frage ist, die sich hier prinzipiell stellt. Aber das haben Sie eigentlich auch deutlich gesagt.

- (B) "Die Treppe von oben kehren" nennt es Verfassungsrechtler von Arnim, wenn er die Ministergehälter und -pensionen, die Abgeordnetenbezüge und die Fraktionsfinanzen unter die Lupe nimmt. In der Tat halte ich das für den richtigen Ansatz. Politiker und Politikerinnen genießen in der Regel keinen guten Ruf. Vielfach wird Ihnen damit unrecht getan. Aber unabhängig davon und unabhängig von populistischen Gesten muß es doch für uns eigentlich selbstverständlich sein, daß wir unsere eigenen Bezüge unter die Lupe nehmen und über Jahrzehnte gewachsene Auswüchse, wenn es diese denn gibt, kappen. In Zeiten, in denen die Normalbürgerin und der Normalbürger und der Normalsterbliche im Land an allen Ecken von Kürzungen betroffen sind und wir ihnen mit dem Haushalt 1999 und mit dem Haushaltssicherungsgesetz weitere Kürzungen zumuten, müssen auch wir selbst Zeichen setzen. Davon bin ich zutiefst überzeugt.

Meine Fraktion hat dazu bereits 1992 einen ersten Antrag hier eingebracht. Mit dem Antrag auf Überprüfung der Rechtsverhältnisse der Abgeordneten, der Ministerinnen und Minister in Nordrhein-Westfalen durch eine unabhängige Kommission haben wir schon damals versucht, zu akzeptablen Anpassungen der Bezüge für Ministerinnen, Minister und Abgeordnete zu kommen. Durch den mehr als schleppenden Beratungsgang

ist dieser Antrag in der vergangenen Legislaturperiode nie abschließend behandelt worden; leider!

(C)

Ich habe sofort nach Bekanntwerden Ihres Vorstoßes, meine Damen und Herren von der CDU, Ihren Vorschlag ausdrücklich begrüßt. Sicherlich angestoßen durch das neue Buch von Arnim "Diener vieler Herren" und nachfolgende Presseberichte über unangemessene Bevorzugungen von nordrhein-westfälischen Ministern und Ministerinnen haben Sie diese Frage erneut hier auf den Tisch gelegt.

Geärgert habe ich mich allerdings, Frau Hieronymi, über Ihre Charakterisierung des Gesetzes als "Goldenen Handschlag". Ich denke, es ist das Recht der Presse, so zuzuspitzen. Wir selbst sollten uns aber mit derartig populistischen Formulierungen zurückhalten.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Gleichermaßen finde ich auch Ihren vorwurfsvollen und selbstgerechten Ton in Ihrem Redebeitrag völlig unangemessen. Ich erinnere nur daran, daß dieses Gesetz unter dem CDU-Ministerpräsidenten Arnold zustande gekommen ist und viele, viele angesehene CDU-Minister und -Ministerinnen und F.D.P.-Minister- und Ministerinnen davon profitiert haben oder immer noch profitieren.

(D)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Zurufe)

- Ich stelle das gar nicht in Frage.

(Zuruf der Ruth Hieronymi [CDU] - Gegenrufe von der SPD)

Aber dessen muß man sich bewußt sein, um Sachlichkeit in dieses Thema hineinzubekommen.

Die Tatsache, daß sich die heutige Regelung immer noch auf vier Jahre bezieht, statt auf die seit dem Jahre 1970 auf fünf Jahre verlängerte Legislaturperiode, zeigt ja auch deutlich, wo die Wurzeln liegen. Die Kritik an diesem Gesetz trifft uns eben alle und nicht nur die amtierende Landesregierung.

Besonders erfreut bin ich, daß diesmal die Chancen für eine ehrliche Debatte und eine neue, transparente Regelung, die dem Vergleich mit den Regelungen des Bundes und den Regelungen in anderen Ländern standhält, ungleich besser sind als in der vergangenen Legislaturperiode. Damals sind wir und auch Sie, Frau Hieronymi, mit unse-

(Gisela Nacken [GRÜNE])

- (A) rem Vorhaben an der absoluten SPD-Mehrheit gescheitert. Heute scheinen Veränderungen vom gesamten Parlament getragen zu werden. Auch der Ministerpräsident hat soeben in seiner Regierungserklärung deutlich gemacht, daß er für eine Überarbeitung eintritt. Ich halte das vor dem Eintritt in die parlamentarische Debatte nach der Sommerpause für ein gutes Signal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den Vorschlag von Ministerpräsident Clement, mit dem Bund und den Ministerpräsidenten der anderen Länder über vergleichbare Regelungen sprechen zu wollen, finde ich richtig. Nordrhein-Westfalen ist nämlich in dieser Frage keinesfalls das schwarze Schaf oder der einsame Spitzenreiter unter den Bundesländern, wie Sie, Frau Hieronymi, es gerade populistisch darzustellen versucht haben und wie ich bei aller Wertschätzung für Herrn von Arnim auch bei ihm manchmal sehe, daß die Pferde mit ihm durchgehen. Derartige Gespräche dürfen allerdings nicht dazu führen, daß eine zügige Beratung und Beschlußfassung in Nordrhein-Westfalen am fehlenden Konsens der Länder scheitert.

- (B) Für meine Fraktion kann ich heute sagen: Es ist nicht die Höhe der Bezüge, die für uns zur Diskussion steht. Dazu hat Herr Moron das Wichtigste gesagt. Der Job als Minister oder Ministerin in diesem Land ist ein sehr verantwortungsvoller, ein aufreibender, der wenig Zeit für Privatheit läßt, der auch angemessen honoriert werden muß. Was für uns zur Diskussion steht, ist in der Tat die Frage der Pensionen, und da sind für uns fünf Punkte wichtig.

Der erste Punkt ist die Berücksichtigung von Zeiten aus vorangegangenen Arbeitsverhältnissen im öffentlichen Dienst, von Erziehungs- oder Ausbildungszeiten, die aus unserer Sicht nicht berücksichtigt werden sollten.

Der zweite Punkt ist die Senkung des Einstiegsruhegehalts auf das Niveau des Bundes - das sind immerhin 29 % nach vier Jahren - oder auf den Durchschnitt der anderen Bundesländer.

Der dritte Punkt ist die Anpassung des Alters für den Anspruch auf Ruhegehalt an die Regelungen des Bundes beziehungsweise der anderen Länder. Das heißt: keine Zahlungen ab 50 Jahren und keine Doppelzahlungen für Minister und Ministerinnen.

Fünfter und letzter und aus meiner Sicht wichtigster Punkt ist, daß diese Neuerung für alle amtierenden Minister und Ministerinnen gelten muß, die noch keine Pensionen erhalten. Es geht uns nicht darum, bestehende Pensionen in Frage zu stellen. Aber wir denken schon, daß gerade jetzt die Zeit gekommen ist zu sagen: Hier setzen wir den Schnitt an. Denn alles andere bedeute, daß wir zwar ein Ministergesetz veränderten, der faktische Ausfluß davon - ich weiß nicht, wann die nächste Kabinettsumbildung erfolgt - aber erst dann greifen würde, und das kann in der Tat nicht sein.

Veränderungen von Ansprüchen, während diese noch erworben werden, sind nämlich möglich und treffen durchaus auch heute schon Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst. Gerade erst ist ja beschlossen worden, daß Beamte 0,2 % ihrer Tariferhöhung in die Pensionskassen einzahlen sollen. Dies ist also durchaus möglich, und was für Beamte gilt, ist auch für Ministerinnen und Minister zumutbar.

Über den Rahmen werden wir uns unterhalten müssen. Ich sehe dazu bisher weitgehende Übereinstimmung mit allen Fraktionen in diesem Parlament und dem Ministerpräsidenten. Ich gehe auch davon aus, daß die Mitglieder des amtierenden Kabinetts keinen Bestandsschutz für sich beanspruchen; das wäre in der Tat ein fatales Signal.

Insgesamt bin ich daher guten Mutes, daß wir dieses Thema nach der Sommerpause zügig behandeln und noch in diesem Jahr zum Abschluß bringen können. Bei diesem erneuten Anlauf sollten wir uns nicht wieder so langwierige Beratungen wie in der vergangenen Legislaturperiode leisten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann aber nicht alles gewesen sein. Wir Abgeordnete würden es uns meiner Meinung nach zu leicht machen, wenn wir sagten: Minister und Ministerinnen, geht voran, wir selbst ducken uns dann weg! - Auch unsere Bezüge, Pensionen und Übergangsgelder sind wild gewuchert, unlogisch, wenig transparent und an manchen Punkten unangemessen. Ich nenne nur ein Beispiel:

Je nach Länge unserer Zeit als Abgeordnete haben wir Anspruch auf bis zu zwei Jahre Übergangsgeld. Gedacht gewesen sein muß dies einmal als eine Art, salopp gesagt, Arbeitslosengeld für Abgeordnete. Dagegen ist ja auch gar nichts

(Gisela Nacken [GRÜNE])

- (A) einzuwenden. Dieses Übergangsgeld steht aber auch Abgeordneten zu, Frau Hieronymi, die vom Landtag nahtlos in eine sehr gut bezahlte Stelle in der freien Wirtschaft wechseln; so etwas soll ja vorkommen.

(Zuruf von der CDU: Auch bei den GRÜNEN!)

Es steht auch jedem Selbständigen zu, der wieder in seine Arztpraxis oder in sein Ingenieurbüro zurückgeht. Eine solch großzügige Alimentierung ist doch für keinen normalen Menschen nachvollziehbar, geschweige denn akzeptabel!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Fraktion wird daher nach der Sommerpause einen Vorschlag zur Veränderung der Abgeordnetenbezüge dem Parlament zur Beratung vorlegen. Ich hoffe dabei auf die gleiche Unterstützung, Frau Hieronymi, von allen Seiten wie in der heutigen Debatte zu diesem Punkt. Alles andere würde dem schlechten Image der Politikerinnen und Politiker und der Politikverdrossenheit weiteren Vorschub leisten.

- (B) Letzter Punkt! In dieser Frage wie auch in derjenigen der Bezüge für Minister und Ministerinnen fühlt sich meine Fraktion nicht an einen Koalitionsvertrag gebunden. Es war dem Fraktionsvorsitzenden der SPD ein Herzensanliegen, Fragen der Bezüge von Abgeordneten - in NRW sind die meisten Minister und Ministerinnen ja Abgeordnete - vom Koalitionszwang auszunehmen. Diese Ausnahme praktizieren wir in jedem Jahr bei der Frage der Diätenerhöhung. Dann erleben wir hier ausnahmsweise eine große Koalition.

Ich hoffe, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD und der CDU, daß Sie in diesem Fall nicht zu einem solchen Instrument greifen, um Veränderungen am Abgeordnetengesetz zu verhindern. Lassen Sie uns gemeinsam eine vernünftige Regelung finden, die in der Tat den heutigen Erfordernissen Rechnung trägt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Clement das Wort.

- (C) **Wolfgang Clement, Ministerpräsident:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe ja bereits in der Regierungserklärung deutlich gemacht, daß die Mitglieder der Landesregierung bereit und willens sind, sich an der Diskussion über eine Veränderung der Versorgungsbezüge aktiv und konstruktiv zu beteiligen.

Wir werden uns davon auch nicht durch Töne abhalten lassen, wie Sie, Frau Kollegin Hieronymi, sie angeschlagen haben. Diese Töne strotzen von Selbstgerechtigkeit, so daß man sich wirklich fragt, ob Sie jemals einerseits Ihre Einlassungen und andererseits das, was in der Bundesrepublik unter Demokraten stattfindet - in verschiedenen Parlamenten, in verschiedenen Regierungen, in Regierungen, an denen Ihre Partei beteiligt ist wie andere auch -, reflektiert haben. Wenn Sie das getan hätten, kann ich mir nicht vorstellen, daß Sie zu einer solchen Tonlage gefunden hätten, wie Sie sie heute hier angeschlagen haben.

(Heinz Hardt [CDU]: Doch! Das war bei der Sache Münch! Daran hat sich der Höppner doch beteiligt!)

- Herr Kollege Hardt, damit wir uns da verstehen: Ich finde das abstoßend.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Heinz Hardt [CDU]) (D)

- Ich habe Sie nicht verstanden, Herr Kollege Hardt.

(Heinz Hardt [CDU]: Bei der Sache des Ministerpräsidenten Münch hat sich der heutige Ministerpräsident Höppner sehr wohl sehr stark daran beteiligt!)

- Was wollen Sie mir jetzt damit sagen, Herr Kollege Hardt?

(Heinz Hardt [CDU]: Weil Sie uns den Vorwurf gemacht haben! Sie haben das selbst als SPD getan!)

- Ich habe den Vorwurf gegenüber Ihrer Kollegin Frau Hieronymi erhoben. Dieser Vorwurf ist mehr als berechtigt. Wenn sie eine Sekunde lang über das nachgedacht hätte, was es in der Bundesrepublik an Rechten für Abgeordnete, für Minister, für Bundesregierungen, für Landesregierungen gibt, wie sie entstanden sind, dann wäre sie nicht zu einer solchen Tonlage gekommen. Ich wiederhole es: Ich empfinde das als abstoßend.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Ich werde Sie bei Gelegenheit daran erinnern müssen. Sie werden mit Sicherheit von dem, was Sie heute hier gesagt haben, eingeholt. Nicht hier in Nordrhein-Westfalen! Sie machen sich offensichtlich nicht die Hoffnung, daß Sie jemals in eine solche Rolle kommen und mit den Versorgungsbezügen von Ministerinnen oder Ministern zu tun haben; das ist klar.

(Beifall bei der SPD)

Aber außerhalb Nordrhein-Westfalens!

(Zurufe von der CDU - Edgar Moron [SPD]:
Das Europäische Parlament zahlt gut!)

Ich komme fast auf die Idee, Herr Kollege Dr. Linssen, Sie auf Herrn Stoiber anzusprechen. Überlegen Sie einmal, wie Herr Kollege Stoiber mit dem, was in Bayern auf diesem Sektor zu ändern war, umgegangen ist und was nach der nächsten Wahl geändert werden soll. Nichts ist schlimmer als ein solcher Opportunismus auf diesem Gebiet.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Warum sprechen Sie im Moment mich an?)

- (B) - Ich habe den Opportunismus gemeint, den Frau Kollegin Hieronymi angesprochen hat. Ich habe deshalb auf Herrn Stoiber hingewiesen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Was hat das damit zu tun? - Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

- Gut. Ich wollte Sie nicht unfair ansprechen. Ich wollte einfach einmal darauf hinweisen, in welcher Situation Sie sind.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Es ist doch wohl so, daß der Fraktionsvorsitzende Verantwortung hat für das, was die Mitglieder seiner Fraktion tun! - Heftiger Widerspruch bei der CDU - Dr. Helmut Linssen [CDU]: - Ich war gar nicht im Raum! Ich werde das nachlesen!)

Das Zweite, was ich in aller Deutlichkeit hinzufügen möchte: Das Problem der Dotierung von Politikern und Politikerinnen in der Bundesrepublik Deutschland heute ist, daß sich die Dotierungssysteme, ob aus dem Abgeordnetenbereich oder aus dem Ministerbereich, an der Honorierung und Dotierung von Beamten orientieren. Dies hat zu einem Recht geführt, wie es beispielsweise auch im Ministergesetz gilt, das man ohne Studium

nicht mehr verstehen kann. Kein Mensch kann das verstehen! Es ist von einer Intransparenz, wie man sie sich schlimmer nicht vorstellen kann. Das macht solche Tonlagen, wie sie Frau Kollegin Hieronymi angeschlagen hat, durchaus möglich. Das ist das Kernproblem. Die Regelungen, die zugunsten von Ministern - in diesem Fall hier in Nordrhein-Westfalen - gelten, insbesondere die Versorgungsbezüge betreffend, sind derartig undurchsichtig und schwer verstehbar, daß jede Polemik jederzeit möglich ist.

Natürlich wäre es aus der Sicht eines Mitglieds der Landesregierung - nehmen Sie mich - sehr viel vernünftiger, würde ich ein offenes, klares Gehalt bekommen - ich möchte keine Pension haben, von niemandem -, wie es meiner Leistung und meiner Arbeit entspricht, und würde ich für meine Altersversorgung selbst sorgen. Das wäre mir das liebste.

Nichts von alledem, was hier diskutiert wird, ist für irgend jemanden von Vorteil. Es erlaubt nur jedem - bisher habe ich gesagt: außerhalb des Parlaments, aber heute habe ich gelernt: auch innerhalb des Parlaments -, sich das Maul darüber zu zerreißen, statt sich ernsthaft damit zu beschäftigen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Eines sage ich Ihnen auch im Namen aller Mitglieder dieser Landesregierung: Keiner und keine von uns fühlt sich überbezahlt. Damit wir uns da klar verstehen: Keiner innerhalb der Landesregierung fühlt sich, gemessen an dem - das ist ja vorhin dankenswerterweise gesagt worden von meinem Kollegen Moron -, was er Tag und Nacht zu leisten hat, überbezahlt.

(Beifall bei der SPD)

Da halten wir jeden Vergleich mit jedem anderen oder mit jeder anderen auch nur annähernd vergleichbaren Funktion in der deutschen Wirtschaft aus.

(Beifall bei der SPD)

Gerade vor dem Hintergrund, Frau Kollegin Hieronymi, wäre ich wirklich daran interessiert, eine klare Regelung zu haben, ein vernünftiges Einkommen zu beziehen und für die Altersversorgung selbst zu sorgen. Jeder von uns würde diese Frage so beantworten. Und das müssen Sie reflektieren.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Dieses Beamtenrecht, das auf diese Weise zugunsten beispielsweise von Ministern in Deutschland entstanden ist, habe ich nie gewollt. Keiner von uns hat das gewollt. Das ist natürlich eine Fehlentwicklung. Selbstverständlich ist es falsch, daß sich demokratisch legitimierte Politiker auf das Beamtenrecht berufen müßte. Das ist eine Fehlentwicklung, die wir eigentlich korrigieren müßten. Das ist das Kernübel.

Sie sagen, die anderen Ministerpräsidenten würden lachen, wenn ich komme. Na, was haben Sie für eine Vorstellung! Welches Bild haben Sie da eigentlich vor sich? Haben Sie jemals mit einem Ministerpräsidenten über dieses Thema, das Sie so angefaßt haben, gesprochen? Ich kann mir das nicht vorstellen.

Es liegt geradezu im dringenden Interesse aller Seiten, die für die Demokratie arbeiten, daß es dort zu Regelungen kommt, die solche Reden, wie Sie sie heute gehalten haben, nicht mehr erlauben.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Ich habe ansonsten schon ausgeführt, wie wir uns, die Mitglieder der Landesregierung, an diesem Prozeß konstruktiv beteiligen wollen. Wir werden uns in diesem Gesetzgebungsverfahren äußern, wann immer gewünscht. Wir werden das sagen, was aus unserer Sicht zu sagen ist.

Die Frage, die Sie heute hier aufwerfen, ist natürlich die von-Arnimsche Frage. Nächstes Jahr kommt Herr von Arnim wieder nach Düsseldorf, hält wieder eine Rede, und dann wird er mit den nächsten Regelungen kommen, die Sie in Frage stellen. Aber es muß ja wohl so sein. Ich werde das alles mitmachen. Gerade deshalb halte ich es für notwendig, daß sich die deutsche Politik - die Ministerpräsidenten und meines Erachtens nicht nur die Länder, sondern auch der Bund - über gemeinsame Regelungen unterhalten.

Vielleicht, was mir das liebste wäre, kämen wir zu einem glasklaren Schnitt, der die Anknüpfung der Ministerversorgung an das Beamtenrecht aufhebt und eine absolut neue Regelung möglich macht. Das wäre das Vernünftigste. Ich werde versuchen, in dieser Richtung zu argumentieren und vorzugehen, damit wir wirklich aus diesem düsteren, aus diesem dunklen, aus diesem eigenartigen Zwielficht herauskommen. Ich möchte nicht im Zwielficht arbeiten. Ich habe es nicht nötig. Keiner von uns! Kein Mitglied dieser Landes-

regierung hat es nötig, im Zwielficht zu arbeiten. (C)
Jeder von uns kann für das, was er tut, jeder von uns kann für das, was er bekommt, geradestehen - jederzeit und öffentlich. Ich möchte das nur auch verständlich machen können.

(Beifall bei der SPD)

Und das ist anhand des Rechts, wie es heute gilt, nur sehr schwer möglich.

Ich werde mit meinen Kolleginnen und Kollegen in der Ministerpräsidentenkonferenz darüber sprechen. Die werden nicht lachen, sondern dankbar dafür sein, Frau Kollegin.

Dann, wenn es nicht möglich ist, werden wir über die Punkte sprechen, die zweifelhaft sind. Wir wehren uns an keiner Stelle dagegen, daß wir Regelungen in Nordrhein-Westfalen haben, die denen in den anderen Ländern entsprechen. Auch das haben Sie ja falsch dargestellt. Es gibt Regelungen, die sind weitergehend als unsere, und es gibt andere, die sind nicht so weitgehend wie unsere. Wir werden dann darüber sprechen, daß wir in Nordrhein-Westfalen - die Mitglieder des Kabinetts - kein anderes Recht haben als andere, sondern ein vergleichbares. Dazu will ich allerdings nur zur Genauigkeit sagen: Nordrhein-Westfalen hat unter den Flächenländern der Bundesrepublik - ich schweige ganz vom Bund - die geringsten Kosten der politischen Führung - nicht, daß da irgendwo irgendein falscher Eindruck entsteht. Die geringsten Kosten der politischen Führung sind in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU]) (D)

Sie sind jetzt noch geringer. Wir werden ja, Herr Kollege Linssen, darüber am Freitag, nehme ich an, und auch anderwärts, wie es aussieht, diskutieren. Dann werde ich vielleicht noch Gelegenheit haben, das deutlicher darzustellen.

Auf einen Unterschied, Frau Nacken, will ich auch jetzt schon in aller Deutlichkeit hinweisen. Sie sprachen die Pensionsansprüche von aktiven und bereits ausgeschiedenen Ministern an. Und der, der noch im Amt ist - so würde man übersetzen, was Sie gesagt haben -, der noch keinen Pensionsanspruch hat, wäre einer Veränderung völlig unterworfen, hingegen der, der ausgeschieden ist, nicht. - Das kann nicht richtig sein. Das ist auch rechtlich nicht richtig. Ich bin überzeugt, daß es rechtlich nicht richtig ist. Denn der, der im Amt ist, besitzt einen Rechtsanspruch. Er hat

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) einen Anspruch - man nennt das eine Anwartschaft - erworben. Und diese Anwartschaft ist wie ein Eigentumsrecht. Und dieses Eigentumsrecht duldet keinen Eingriff. Der Unterschied zwischen der Interpretation von Frau Nacken und mir liegt genau da, und er muß auch da liegen. Es kann rechtlich nicht anders sein. Schon mein ganzes Rechtsempfinden sträubt sich dagegen. Man müßte andernfalls nur rechtzeitig aus einer Regierung ausscheiden, um einen Anspruch zu haben, und verlöre ihn, bliebe man Minister. Stellen Sie sich einmal die Konsequenzen vor! Ein Regierungsmitglied könnte sagen: Um meine Pension zu bekommen, muß ich möglichst schnell ausscheiden.

Ich sage das in aller Klarheit, um deutlich zu machen: Es geht um Rechtspositionen. Deshalb habe ich heute morgen von Rechtspositionen gesprochen, auf deren Einhaltung ich achten muß. Das will ich sehr gerne tun.

(Leo Dautzenberg [CDU]: Kommen Sie zur Sache!)

- Wir sind bei der Sache. Wir können das gerne noch ein wenig intensiver diskutieren. Es ist nämlich notwendig, hier sachlich zu diskutieren, und darauf werde ich achten.

(B)

Übrigens ist dies auch ein Unterschied zu den Beamtinnen und Beamten, über die Sie gesprochen haben. Denn da haben Sie über eine Rechtsposition gesprochen, die sich in Tarifverhandlungen auf die Zukunft hin verschlechtert hat, nämlich um 0,2 %, die von den Tariferhöhungen für den Pensionsfonds, der für Beamtinnen und Beamte eingerichtet wird, abgeleitet werden. Das sind die Unterschiede. Ich erwähne es nur, weil sie deutlich machen, glaube ich, daß wir in der Diskussion sehr spitze Fragen zu beantworten haben werden.

Ansonsten sage mit aller Klarheit für diese Landesregierung: Wir sind bei dem, was hier erneuert werden muß, dabei, in allem Freimut, in aller Klarheit, vor aller Öffentlichkeit, ohne zu irgendeiner Sekunde etwas verdecken zu wollen, aber nicht, um uns Vorwürfe anzuhören, die wir nicht hinzunehmen bereit sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile das Wort der Frau Kollegin Hieronymi von der CDU-Fraktion. (C)

Ruth Hieronymi (CDU): Herr Ministerpräsident, Sie haben von Fehlentwicklungen gesprochen - ich auch. Deshalb weiß ich nicht, warum Sie sich hier so aufregen.

(Beifall bei der CDU)

Der Unterschied liegt vielleicht darin, daß Sie über Fehlentwicklungen, die aus Ihrer Sicht in allen Ländern und im Bund vorhanden sind, gesprochen haben und ich genauso wie die Kollegin Nacken über spezielle Fehlentwicklungen in Nordrhein-Westfalen. Lassen Sie uns alle Fehlentwicklungen angehen. Da haben Sie uns an Ihrer Seite. Aber, lassen Sie uns, wie immer im Leben, erst die eigenen Hausaufgaben erledigen.

Es geht nicht um die absolute Höhe der Ministerpensionen in Flächenstaaten, um das einmal klarzustellen, sondern es geht darum, daß wir in Nordrhein-Westfalen in drei wesentlichen Punkten Sonderregelungen haben, die die Pensionen von Ministern in Nordrhein-Westfalen bis weit über ein Drittel im Vergleich zu allen vergleichbaren Pensionen der Minister in Flächenländern und im Bund erhöhen. Darüber sollten wir zusammen reden. Wenn dies heute der Auftakt dafür gewesen ist, Nordrhein-Westfalen in die Diskussion einzubeziehen, dann würde ich das außerordentlich begrüßen. - Vielen Dank. (D)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe hiermit die Beratung.

Wir haben abzustimmen über die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 12/3112 an den Hauptausschuß. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt